\_

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 15.05.2003

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum 08.06.2004

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Schwerin vom 15. Mai 2003 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

Ī

Streitig ist der Wert des Rechts des Klägers auf Regelaltersrente (RAR) fþr Bezugszeiten ab 1. Januar 1992. Der Kläger begehrt die Festsetzung eines höheren Werts ausschlieÃ∏lich auf der Grundlage einer Dynamisierung des durch den Einigungsvertrag (EinigVtr/EV) besitzgeschþtzten Zahlbetrags entsprechend den Vorschriften þber die Veränderung des "aktuellen Rentenwerts Ost".

Der KlĤger bezog am 1. Juli 1990 Versorgungsleistungen aus dem Sonderversorgungssystem der Nationalen Volksarmee der DDR in Höhe von 2.010,00 DM. Seit dem 1. Januar 1992 gewährt die Beklagte ihm eine Regelaltersrente.

Im Bescheid vom 10. Januar 2001 stellte die Beklagte den bislang festgestellten Wert des Rentenrechts neu fest. Hierbei dynamisierte sie f $\tilde{A}^{1}$ /4r Zeiten ab 1. Juli 1992 den durch den EinigVtr besitzgesch $\tilde{A}^{1}$ /4tzten Zahlbetrag entsprechend den Vorschriften  $\tilde{A}^{1}$ /4ber die Ver $\tilde{A}$ ×nderung des aktuellen Rentenwerts West. Diese Werte waren bis zum 30. Juni 1995 h $\tilde{A}$ ¶her als die Werte der entsprechenden SGB VI-Rente.

Mit seinem Widerspruch beanstandete der Kläger die von der Beklagten vorgenommene Dynamisierung des besitzgeschützten Zahlbetrags; er begehrte eine Dynamisierung entsprechend den Vorschriften Ã⅓ber die Veränderung des aktuellen Rentenwerts Ost. Während des Widerspruchsverfahrens nahm die Beklagte weitere Neufeststellungen in den Bescheiden vom 16. Oktober 2001 und 22. Oktober 2001 vor. Im Ã□brigen wies sie den Widerspruch des Klägers zurück, soweit sie ihm nicht durch die während des Vorverfahrens ergangenen Bescheide abgeholfen hatte (Widerspruchsbescheid vom 6. März 2002).

Die hiergegen erhobene Klage hat das SG abgewiesen (Urteil vom 15. Mai 2003). Zur Begründung hat es ausgeführt, die Beklagte habe die Dynamisierung des besitzgeschützten Zahlbetrags zutreffend gemÃ $_{\rm m}$ Ã $_{\rm m}$  Â $_{\rm m}$ 307b SGB VI durchgeführt. Dessen Regelungen seien, wie das BSG im Urteil vom 30. Juli 2002 (B 4 RA 24/01 R) dargelegt habe, nicht verfassungswidrig.

Der KlĤger hat mit Zustimmung der Beklagten die vom SG zugelassene Revision eingelegt. Er ist der Auffassung, dass <u>§ 307b SGB VI</u>, bei dessen Ausgestaltung sich der Gesetzgeber im Wesentlichen an den AusfÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>hrungen im Urteil des BSG vom 3. August 1999 (B 4 RA 24/98 R) orientiert habe, nicht den Vorgaben im Urteil des BVerfG vom 28. April 1999 (BVerfGE 100, 1) entspreche und deshalb verfassungswidrig sei. Verglichen mit dem ursprļnglichen Realwert des bestandsgeschützten Zahlbetrages würde eine nach MaÃ∏gabe des aktuellen Rentenwertes "West" angepasste Rentenleistung zwar der Lohn- und Gehaltsentwicklung im gesamten Bundesgebiet (tatsAxchlich im Bundesgebiet ohne das Beitrittsgebiet) entsprechen, nicht aber für Bürger der neuen BundeslĤnder die Kaufkraft dieser Leistung sichern und die relative Position der Berechtigten innerhalb der Rentengeneration "Ost" wahren. Die ErhĶhung der Lebenshaltungskosten im Osten allein in den Jahren 1992 bis 2001 um 47 vH habe den Realwert der besitzgeschļtzten ZahlbetrĤge auf 68 vH abgesenkt. Dies werde im gleichen Zeitraum durch die ErhĶhung des aktuellen Rentenwerts "West" nur auf einen Wert in HĶhe von 81 vH ausgeglichen. Es sei also tatsĤchlich zu einer massiven Absenkung des Realwertes der besitzgeschļtzten ZahlbetrĤge gekommen.

## Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Schwerin vom 15. Mai 2003 aufzuheben und die Beklagte unter teilweiser Aufhebung der Bescheide vom 16. Oktober 2001 und 22. Oktober 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 6. MĤrz 2002 zu verpflichten, den durch den Einigungsvertrag besitzgeschützten Zahlbetrag seit dem 1. Januar 1992 entsprechend den Vorschriften über die Veränderung des aktuellen Rentenwerts Ost anzupassen, und die Beklagte zu verurteilen, ihm

entsprechend  $h\tilde{A}\P$ here monatliche Geldbetr $\tilde{A}$ xge unter Anrechnung der bereits erbrachten Leistungen zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Sie ist der Auffassung, dass der Gesetzestext des <u>§ 307b Abs 5</u> und 6 SGB VI unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung das Begehren des KIägers nicht trägt.

Ш

Die Revision ist unbegründet.

Gegenstand der Revision ist das Begehren des Klägers, die Beklagte unter teilweiser Aufhebung der angefochtenen Bescheide und des Urteils des SG zu verpflichten, den Wert seines Rentenrechts fýr Bezugszeiten ab 1. Januar 1992 unter Zugrundelegung eines nach den Vorschriften für den aktuellen Rentenwert Ost dynamisierbaren besitzgeschýtzten Zahlbetrags neu festzustellen und die Beklagte zu entsprechend höheren monatlichen Geldzahlungen zu verurteilen. Der Kläger verfolgt sein Begehren zulässig (vgl zum teilbaren Streitgegenstand: Urteil des Senats vom 30. Juli 2002, <u>B 4 RA 24/01 R</u>, <u>BSGE 90, 27</u>, 30 = SozR 3-2600 § 307b Nr 9) in Kombination von Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage (sog unechte Leistungsklage, <u>§ 54 Abs 4 SGG</u>).

Der Kläger stützt den geltend gemachten Anspruch ausschlieÃ□lich auf eine für ihn günstigere Dynamisierung des besitzgeschützten Zahlbetrags. Das SG hat die Klagen zu Recht als unbegrþndet abgewiesen.

Nach <u>§ 307b SGB VI</u> idF des 2. AAÃ∏G-Ã∏ndG ergibt sich fþr Bestandsrentner des Beitrittsgebiets, also fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r solche, fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die am 31. Dezember 1991 Anspruch auf eine nach dem AA̸G überführte Rente des Beitrittsgebiets bestand (§ 307b Abs 1 Satz 1 SGB VI), der monatliche Wert des Rechts auf Rente auf Grund eines Vergleichs zwischen vier jeweils eigenstĤndig festgesetzten Entgeltwerten, von denen der höchste dieser Werte im jeweiligen Bezugsmonat maÃ∏geblich ist (vgl dazu Urteil des Senats vom 30. Juli 2002, B 4 RA 24/01 R, BSGE 90, 27 = SozR 3-2600 § 307b Nr 9). Im vorliegenden Fall ist allein streitig, ob auf Grund des dynamisierbaren besitzgeschA¼tzten Zahlbetrags (hier: Wert des Rechts auf Versorgung für Juli 1990) ein höherer monatlicher Rentenwert ab 1. Januar 1992 festzusetzen ist. Der KlĤger beanstandet nicht, dass dieser Zahlbetrag von der Beklagten mit 2.010,00 DM eingestellt worden ist. Für die von ihm begehrte Dynamisierung nach einem aktuellen Rentenwert Ost ab 1. Januar 1992 fehlt jedoch eine gesetzliche Grundlage; der insoweit einschlägige <u>ŧ 307b Abs 5 SGB VI</u>, dessen Umsetzung durch die Beklagte der KlĤger nicht beanstandet, ist nicht verfassungswidrig.

Hierzu hat der Senat im Urteil vom 30. Juli 2002 (<u>B 4 RA 24/01 R</u>; vgl <u>BSGE 90, 27</u>, 35 ff = SozR 3-2600  $\hat{A}$ § 307b Nr 9 S 100 ff) wie folgt ausgef $\hat{A}$ <sup>1</sup>/<sub>4</sub>hrt:

"Gegen die VerfassungsmĤÄ∏igkeit von § 307b SGB VI (und § 4 Abs 4 AAÄ∏G jeweils) idF des 2. AAÃ\(\text{G}-\text{A}\(\text{\pi}\) ndG und der danach vorzunehmenden Dynamisierung entsprechend den Anpassungsvorschriften für den aktuellen Rentenwert (§Â§ 63 Abs 7, 68 SGB VI) bestehen keine Bedenken. Die Vorschriften sind gA1/4ltiges Recht. Sie sind auf Grund der Vorgaben des BVerfG in der Entscheidung vom 28. April 1999 (<u>BVerfGE 100, 1</u> = SozR 3-8570 Å 10 Nr 3) und der verfassungskonformen Auslegung durch den Senat im Urteil vom 3. August 1999 (BSGE 84, 180 = SozR 3-2600 § 307b Nr 8) normiert worden (vgl <u>BT-Drucks 14/5640, S 13</u>/14). Danach ist der durch den EinigVtr besitzgeschützte Zahlbetrag, dh der â∏∏ gemessen am (widerspruchsfrei auszulegenden) EinigVtr â∏∏ rechtmäÃ∏ige Gesamtanspruch auf Sozialversicherungs- und Zusatzversorgungsrente zum 1. Juli 1990, ab 1. Januar 1992 entsprechend den Vorschriften ýber die Anpassung des aktuellen Rentenwertes zu dynamisieren. Gegen diese verfassungskonforme Umsetzung der Vorgaben bestehen sowohl formell- als auch materiell-rechtlich keine Bedenken. Die Gesetzgebung ist im ̸brigen allein an die verfassungsmäÃ∏ige Ordnung und an die Grundrechte gebunden (Art 20 Abs 3 und Art 1 Abs 3 GG). Der parlamentarische Gesetzgeber entscheidet eigenverantwortlich dar A¼ber, auf welchen Sachverhalt er abstellen will und wie ein verfassungsrechtlich vorgegebener Regelungsrahmen ausgefüIlt werden soll. Die Entscheidungen des BVerfG vom 28. April 1999 (BVerfGE 100, 1 ff; 59 ff; 104 ff; 138 ff), die als in sich widerspruchsfrei zu verstehen sind, lassen dem Deutschen Bundestag einen Gestaltungsspielraum, welchen das "Fachgericht" bei einer verfassungskonformen Auslegung, die stets Auslegung gesetzten Rechts bleiben muss, nicht hat.

Die in  $\hat{A}\S 307b \ Abs \ 5 \ SGB \ VI$  getroffene Regelung  $\tilde{A}^{1}_{4}$ ber die Dynamisierung des durch den EV bestandsgesch $\tilde{A}^{1}_{4}$ tzten Zahlbetrags verst $\tilde{A}\P\tilde{A}\Pi$ t insbesondere nicht gegen die Eigentumsgarantie des <u>Art 14 Abs 1 GG</u>. Denn sie gew $\tilde{A}$ ¤hrleistet den Erhalt der gesch $\tilde{A}^{1}_{4}$ tzten Rechtsposition. Sie greift in diese nicht einmal ein.

Der Gesetzgeber hat in Wahrnehmung seiner Aufgabe nach Art 14 Abs 1 Satz 2 GG, der Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums, die Zahlbetragsgarantie in EV Nr 9 Buchst b Satz 4 und 5 für Bestandsrentner und rentennahe Jahrgänge des Beitrittsgebiets unter Eigentumsschutz gestellt (<u>BVerfGE 100, 1</u>, 51 = <u>SozR</u> 3-8570 § 10 Nr 3). Ihr kommt, wie das BVerfG ausgeführt hat, eine zentrale Schutzfunktion zu; sie gleicht Nachteile aus, die sich aus der so genannten Systementscheidung ergeben, der Ã\(\text{Dberleitung von Anspr\tilde{A}}\)\(^1 Anwartschaften aus der Sozialversicherung und aus den zuvor zum 31. Dezember 1991 in das Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebietes überführten Versorgungssystemen in eine SGB VI-Rente (BVerfGE 100, 1, 51 = SozR 3-8570 § 10 Nr 3); der besitzgeschützte Zahlbetrag soll eine unverhältnismäÃ∏ige Verminderung der Alterssicherung verhindern, die wertmĤÃ∏igen durch die ̸berführung verursachten EinbuÃ∏en der Betroffenen ausgleichen und darüber hinaus gewährleisten, dass er sich nicht inflationsbedingt fortlaufend verringert. Dieser in EV Nr 9 Buchst b Satz 4 und 5 als statischer Betrag ausgestaltete, jedoch wegen der Ã\|berleitungszusage in EV Nr 9 Buchst b Satz 1 iVm Art 30 Abs 5 Satz 1 EV ab 1. Januar 1992 dynamisierbare eigentumsgeschützte Zahlbetrag wird aus staatlichen Haushaltsmitteln, also im Gegensatz zu den Leistungen aus der Sozialversicherung (vgl Art 20, 25 des

Staatsvertrags vom 18. Mai 1990 (BGBI II S 537), EV Anlage I Abschnitt II Nr 1, zu §Â§ 5 und 6) nicht durch BeitrÃxge finanziert, beruht auf keiner Vorleistung fÃxdie Rentenversicherung und ist somit keine "echte" Versicherungsleistung (vgl EV Nr 9 Buchst d, § 15 AAÃxG). Er ist im SGB VI, in x8 307b SGB VI, entsprechend dem og Anliegen, fÃx4r Bestandsrentner die Systementscheidung sozialvertrx8 glich zu gestalten, fortgefx8 4/4hrt und konkretisiert worden.

Die fortgeschriebene Inhaltsbestimmung enthÄlphalt auch einen ausgewogenen Ausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und den Individualinteressen. Denn sie berÄ $lar{1}$ 4cksichtigt einerseits die Interessen der Bestandsrentner des Beitrittsgebietes, die nicht mehr in der Lage waren, selbst noch Vorsorge fÃ $lar{1}$ 4r ihre Altersversorgung zu treffen; andererseits wird berÃ $lar{1}$ 4cksichtigt, dass es sich bei dem Zahlbetrag um eine nicht auf BeitrÃlphagen beruhende Rechtsposition handelt, sondern um eine steuerfinanzierte Leistung (s oben Â $rak{1}$ 5 AAÃ $rak{1}$ G). Infolgedessen ist auch mit RÃ $rak{1}$ 4cksicht auf die insoweit in Anspruch genommenen Steuerzahler in der gesamten Bundesrepublik, die (typischerweise) zusÃ $rak{1}$ 2tzlich durch ihre BeitrÃ $rak{1}$ 3ge zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen, eine Anpassung  $rak{1}$ 3 entsprechend den fÃ $rak{1}$ 4r diese Personen geltenden Vorschriften  $rak{1}$ 3 an die Lohn- und EinkommensverhÃ $rak{1}$ 4tnisse im gesamten Bundesgebiet angemessen.

Der über dem Wert der jeweiligen SGB VI-Rente liegende Teil des "besitzgeschützten Zahlbetrages" beruht auf nicht versicherten und deshalb vom Schutz der Rentenversicherung schlechthin nicht erfassten Entgelten; insoweit, dh der Höhe nach, handelt es sich also um ein eigenständiges Recht, das sich nicht aus der Systematik der gesetzlichen Rentenversicherung herleiten lässt, ihr vielmehr fremd ist, auf keinen Tatbestand in der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgeführt werden kann und insbesondere nicht auf dem "aktuellen Rentenwert Ost" beruht. Eine Anwendung der rentenversicherungsrechtlichen, übergangsrechtlichen Anpassungsvorschriften "Ost" entsprechend der auf versicherten Entgelten und auf dem "aktuellen Rentenwert Ost" fuÃ∏enden SGB VI-Rente ist daher weder vom EinigVtr, der diese Sonderregelungen noch nicht kannte, vorgeschrieben noch verfassungsrechtlich geboten.

Im Gegenteil wäre dies mit EV Nr 9 Buchst b Satz 4 und 5 unvereinbar. Würde nämlich in jedem Einzelfall der zahlbetragsgeschützte Wert entsprechend den allgemeinen Veränderungen des Nettodurchschnittseinkommens der Arbeitnehmer des Beitrittsgebietes angehoben werden, würde er entsprechend dynamisch über dem jeweils individuell durch Vorleistung erlangten Wert der SGB VI-Rente liegen, der selbst uneingeschränkt an die Lohn- und Einkommensentwicklung des Beitrittsgebiets und demgemäÃ∏ nach den besonderen und höheren Anpassungsfaktoren "Ost" angepasst wird. Der wertmäÃ∏ige Abstand zwischen diesen Beträgen würde sich â∏ entgegen dem EinigVtr â∏ mithin nicht verringern, sondern vergröÃ∏ern. Dies hätte zur Folge, dass aus der aus Gründen des Vertrauensschutzes geschaffenen Zahlbetragsgarantie, welche die Ã∏berführung der Ansprüche und Anwartschaften aus den Versorgungssystemen in die Rentenversicherung des Beitrittsgebiets â∏ zum 31. Dezember 1991 â∏ (lediglich) sozialverträglich gestalten sollte, auf Dauer eine aus dem Recht der gesetzlichen

Rentenversicherung nicht begründbare, expansiv ansteigende Zusatzrente neben der SGB VI-Rente geschaffen wA1/4rde, welche der EV gerade nicht bewilligt, sondern abgeschafft hat. Allen früher Zusatz- und Sonderversorgungsberechtigten, deren "besitzgeschA¼tzter Zahlbetrag" am 1. Januar 1992 (bei rentennahen Anwartschaftsberechtigten: bei Entstehung des Vollrechts) höher war als die durch Vorleistung erlangte SGB VI-Rente, würde kraft Richterrechts dauerhaft eine eigenstĤndig und in demselben Rhythmus dynamisierbare Versorgungsrente zuzüglich zur SGB VI-Rente zuerkannt, deren Grundlage gerade nicht die wÄxhrend des gesamten Erwerbslebens kalenderjĤhrlich erbrachten Leistungen im Generationenvertrag "Ost", sondern in der Regel nur ein bestimmter Vomhundertsatz des in den letzten Jahren vor Versorgungsbeginn erzielten Verdienstes wäre (vgl hierzu Rombach, Umsetzung der Vorgaben des BVerfG, SGb 2001, 474, 478 f; Mutz, Aufstieg und Fall eines Konzepts, Die Angestellten Versicherung 1999, 509, 516). Genau dies wollte der EinigVtr durch ̸berführung der Versorgung in die Rentenversicherung und durch die A

berleitung des SGB VI grundsA

tzlich abschaffen. Nur ausnahmsweise ("Zahlbetragsgarantie") sollten Beträge über der höchstmöglichen SGB VI-Rente gezahlt werden dürfen. Für diese Ausnahmen sah Art 30 Abs 5 EinigVtr gerade nicht vor, dass besondere "Anpassungsregeln Ost" geschaffen werden sollten. Fraglich wĤre dann auch, ob solche auÄ∏erordentlichen Vergļnstigungen â∏∏ im Vergleich mit allen anderen Rentnern im Bundesgebiet â∏∏ den anderen früher in der DDR versorgungsberechtigt gewesenen Rentnern verfassungsgemäÃ∏ vorenthalten bleiben dürften. In jedem Falle wäre die ̸berführungsschranke "Zahlbetragsgarantie", ein Mindestbetrag, vertragswidrig zu einer Grundlage fļr ein bundesrechtlich neues Zusatzversorgungssystem permutiert.

Die objektive Schutzfunktion der Eigentumsgarantie für den bestandsgeschÃ1/4tzten Zahlbetrag erfordert eine solche Versorgungsrente zuzüglich zur SGB VI-Rente nicht. Durch die Art 30 Abs 5 EV genügende Normierung der Zahlbetragsgarantie im AAA\(\Pi\)G, die der \(A\Pi\)berf\(\tilde{A}^1\seta\)hrung der Ansprüche und Anwartschaften aus den Versorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung des Beitrittsgebiets zum 31. Dezember 1991 diente, ist der Zahlbetrag ein â□□ wenn auch rechtlich "wesensfremder" â□□ Bestandteil des durch die Anberleitung des SGB VI am 1. Januar 1992 entstandenen einheitlichen Systems und der in diesem Rahmen zu schä¼tzenden Rechtspositionen geworden. Der Zahlbetrag unterliegt somit den im Bundesrecht geltenden allgemeinen Regeln; der Schutzbereich des Eigentumsgrundrechts ist auch bei derartigen Rechtspositionen jedoch â∏∏ lediglich â∏∏ auf wertmäÃ∏igen (wirtschaftlichen) Erhalt, auf die Erhaltung der Substanz (vgl BVerfG NIW 1998, 3264 f) ausgerichtet, nicht jedoch beinhaltet er ein Grundrecht gegen den Staat auf stetige Wertsteigerung. Infolgedessen erstreckt sich der (wert- und existenzsichernde) Eigentumsschutz derartiger Positionen grundsÄxtzlich nur auf einen Ausgleich der inflationsbedingten Minderung des Wertes; in diesen Schutzbereich darf nur aus schwerwiegenden bereichsspezifischen Gründen eingegriffen werden (vgl hierzu zuletzt Urteil des Senats vom 30. Juli 2002 â∏∏ <u>B 4 RA 120/00 R</u>, zur Veröffentlichung vorgesehen).

Wegen seiner vertraglich festgelegten Vertrauensschutzfunktion ist aber auch

dieser rentenversicherungsfremde "Zahlbetrag" an die Lohn- und Einkommensentwicklung im gesamten Bundesgebiet anzupassen. Erst hierdurch wird der Grundsatz der VerhältnismäÃ∏igkeit gewahrt, der Ausgleichsfunktion und dem Abstandsgebot gen $\tilde{A}^{1/4}$ gt (vgl BVerfGE 100, 1, 41 ff = SozR 3-8570  $\hat{A}$ § 10 Nr 3). Denn der relative Wert der Position zum Zeitpunkt der ̸berführung in die gesetzliche Rentenversicherung des Beitrittsgebiets (zum 31. Dezember 1991) bleibt gemessen an der Kaufkraft in der gesamten Bundesrepublik erhalten; auch bleibt bei Teilnahme der früher höherverdienenden Zusatzversorgungsberechtigten an der Entwicklung der Nettoeinkommen der aktiven Arbeitnehmer in der gesamten Bundesrepublik der Abstand zwischen denjenigen mit einem besitzgeschA1/4tzten Zahlbetrag und denjenigen mit der höchstmöglichen SGB VI-Rente und damit die relative Position des Berechtigten innerhalb der Rentnergeneration gewahrt. Die entsprechende Anwendung der allgemeinen Dynamisierungsvorschriften auf den bestandsgeschÄ1/4tzten Wert sichert mithin die Aufrechterhaltung des an die berufliche Stellung und an die bisherige Lebensleistung anknüpfenden Lebensstandards der Betroffenen.

Der bestandsgeschÄ1/4tzte Zahlbetrag gibt jedoch dem Einzelnen kein Recht darauf, die Gesamtleistung (oder der Zusatzbetrag) mýsse stets denselben absoluten oder sogar einen sich vergrĶÄ∏ernden Abstand gerade von der individuell eigenen SGB VI-Rente haben oder sogar im selben Prozentsatz erhĶht werden. Das Abstandsgebot bezieht sich vielmehr auf das VerhÄxltnis zur Gruppe der Rentner, die früher im Beitrittsgebiet nur Ansprüche aus der Sozialpflichtversicherung und aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung hatten und die je nach ihrer Vorleistung jetzt unterschiedlich hohe SGB VI-Renten beziehen. Ein Gebot, von der Vorleistung abzusehen, enthÄxlt es nicht. Die allgemeine Rentenanpassung verhindert ein Absinken des "besitzgeschA¼tzten Zahlbetrages" auf das Niveau der Renten dieser Vergleichsgruppe gerade auch dann, wenn der früher Versorgungsberechtigte auf Grund seiner Vorleistung die h

¶chstm

¶gliche SGB VI-Rente erhÃxIt, die stets nur auf den allgemeinen Vorschriften ("West") des 1. Kapitels SGB VI, nicht aber auf dem ̸bergangsrecht "Ost" des 5. Kapitels des SGB VI beruhen kann. Das Abstandsgebot bezieht sich aber gerade nicht auf die früheren "West-Rentner" und auf die heutigen Beitrags- und Steuerzahler, die nur die hA¶chstmA¶gliche SGB VI-Rente erlangen kA¶nnen. Jedoch wird es auch insoweit strikt und auf Dauer gewahrt, ohne dass sich der Abstand zwischen einer denkbar hĶchstmĶglichen SGB VI-Rente und einem am 1. Januar 1992 hĶheren besitzgeschÃ1/4tzten Betrag jemals verringern kann.

Die Regelung verstå¶å $\|$ t auch nicht gegen Art 3 Abs 1 GG (vgl hierzu jedoch â $\|$ 0 entsprechend â $\|$ 0 Thiessen, Zahlbetragsgarantie und Rentendynamisierung, NJ 2000, S 456 ff). Der Gesetzgeber hat weder den ihm bei der  $\|$ 0 berfå $\|$ 4 hrung der im Beitrittsgebiet erlangten zus $\|$ 0 xtzlichen Versorgungsanspr $\|$ 1 che und -anwartschaften in das Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebiets zum 31. Dezember 1991 im AA $\|$ 0 noch den ihm bei der durch Art 30 Abs 5 Satz 1 EinigVtr vorgeschriebenen gesetzlichen  $\|$ 0 berleitung des bereits beschlossenen SGB VI unter entsprechender Ersetzung s $\|$ 2 zustehenden Gestaltungsspielraum  $\|$ 3 berschritten (vgl hierzu BVerfGE 100, 1 , 37 f = SozR 3-8570  $\|$ 3 10 Nr 3). Eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung der

Gruppe von SGB VI-Rentnern ohne Zusatzversorgung im Beitrittsgebiet mit den (höherverdienenden) früheren Zusatzversorgungsberechtigten, denen die Zahlbetragsgarantie ab 1. Januar 1992 zugute kommt, liegt nicht vor. Um eine solche würde es sich nur handeln, wenn der inhaltsbestimmende Gesetzgeber eine Gruppe von Normadressaten im VerhÃxItnis zu anderen Normadressaten anders behandelt hÃxtte, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie eine Ungleichbehandlung rechtfertigen (BVerfGE 55, 72, 88; 84, 133, 157). Unabhängig von dem og Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers liegt ein hinreichender sachlicher Grund für die verschiedene Behandlung der og Personengruppen vor; denn die unterschiedlichen Anpassungsfaktoren kommen in den neuen LĤndern fļr unterschiedliche Personengruppen und fýr verschiedenartige Rechte zur Anwendung. Zum einen erhalten alle Personen entsprechend ihrer Vorleistung und der dadurch erlangten Rangstelle die auf dem "aktuellen Rentenwert Ost" beruhende und deshalb mit dem Anpassungsfaktor "Ost" zu dynamisierende SGB VI-Rente. Zum anderen erhalten die SGB VI-Rentner, die fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Juli 1990 beitrittsgebietsrechtlich einen Gesamtanspruch mit hĶherem Zahlbetrag hatten oder rechtmäÃ∏ig gehabt hätten, diesen statt des SGB VI-Wertes als einen entsprechend den Vorschriften für den aktuellen Rentenwert zu dynamisierenden Zahlbetrag.

Der EinigVtr-Gesetzgeber hat die Vorgaben hierfür bereits festgelegt. Er hat die Zahlbetragsgarantie für die nach dem EinigVtr für Juli 1990 rechtmäÃ∏igen Gesamtansprýche (und Anwartschaften) als Schranke der Verordnungsermächtigung für die Bundesregierung geschaffen, die er ermächtigt hatte, das Nähere der Ã∏berführung der Versorgungsansprüche in das Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebiets zum 31. Dezember 1991 zu bestimmen. Dabei hat er zugleich die A\(\text{Dberleitung des von ihm bereits}\) beschlossenen SGB VI auf das Beitrittsgebiet zugesagt. Weil dieses (fast) nur Rentenwerte kennt, die dynamisierbar sind, hat er â∏∏ jedenfalls bei verfassungskonformer Auslegung â∏ auch die Ersetzung der Rechte auf Renten aus der Rentenversicherung des Beitrittsgebietes ab A\(\)berleitung des SGB VI (ab 1. Januar 1992) durch Rechte hieraus mit dynamisierbaren Werten zugesagt. Ferner hatte er selbst angeordnet, die Ansprüche und Anwartschaften aus den Zusatzund Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets zuvor, nÄxmlich zum 31. Dezember 1991, in das allgemeine Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebiets (durch Rechtsverordnung) zu überführen. Mit Beginn des 31. Dezember 1991 gab es daher im Beitrittsgebiet keine eigenstĤndigen Versorgungsansprüche oder Versorgungsanwartschaften (wegen InvaliditÄxt, Alters oder Todes) mehr (§Â§ 2, 4 AAÃ∏G), sondern nur noch ein einheitliches, partiell-bundesrechtliches Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebietes. Daher erstreckte sich das "Dynamisierungsversprechen", das durch Art 30 Abs 5 Satz 1 EinigVtr gegeben wurde, nÃxmlich das bereits als Rentenreformgesetz 1992 vorliegende SGB VI auf das Beitrittsgebiet überzuleiten, auch auf den "besitzgeschützten Zahlbetrag", der den durch EV Nr 9 Buchst b Satz 4 und 5 mittels Verordnungsschranke als (wenn auch rechtlich "wesensfremder") Teil des jetzt (am 31. Dezember 1991) einheitlichen Rentenversicherungsrechts des Beitrittsgebiets geschä¼tzt wurde.

Der EinigVtr-Gesetzgeber konnte damals als erster inhaltsbestimmender Gesetzgeber (dazu <u>BVerfGE 29, 22, 33 ff; 53, 164, 172 ff; 71, 66, 80) fýr die konkrete inhaltbestimmende Zusage einer "Dynamisierung" des "Zahlbetrages" nur die im SGB VI bereits vorgesehenen Veränderungen des aktuellen Rentenwertes (§Â§ 68, 69 SGB VI) vor Augen haben. Eine andere Veränderung des "Zahlbetrages" als die entsprechend der SGB VI-Rente durch Anpassung des aktuellen Rentenwertes konnte er bei der notwendigen Abwägung der Kosten und Belastungen, die fÃ⅓r die Funktionsnachfolger, fÃ⅓r die Wirtschaft und fÃ⅓r die Allgemeinheit durch diese Zusage nach der Wiedervereinigung entstehen wÃ⅓rden, nicht berÃ⅓cksichtigen.</u>

Daneben hat er in Art 30 Abs 5 Satz 3 EinigVtr als Zielsetzung fýr das Ã□berleitungsgesetz (nicht fýr die vorgreifliche Ã□berfýhrung von Versorgungsberechtigungen in das Rentenversicherungsrecht des Beitrittsgebiets) als "Soll-Vorschrift" nur fÃ⅓r die weitere Gesetzgebung die Angleichung der SGB VI-Renten "Ost" an die SGB VI-Renten "West" vorgesehen. Mit der Angleichung der Löhne und Gehälter im Beitrittsgebiet (nach der Ã□berleitung des SGB VI am 1. Januar 1992) an die Löhne und Gehälter in den Ã⅓brigen ("alten") Bundesländern sollten auch die durch die SGB VI-Ã□berleitung erlangten SGB VI-Renten im Beitrittsgebiet an die SGB VI-Renten in den Ã⅓brigen ("alten") Ländern angeglichen werden, um den Gleichklang zwischen dem Lohn der aktiven Beitragsträger "Ost" und dem "Rentnerlohn Ost" zu wahren. In diesem Sinne sollte also eine Angleichung der SGB VI-Renten "Ost" an die SGB VI-Renten "West" bis zur höchstmöglichen SGB VI-Rente "West" eingefÃ⅓hrt werden (aber nicht darÃ⅓ber hinaus). Dies ist fÃ⅓r alle "Ost-Rentner" gesichert, auch fÃ⅓r die frÃ⅓her Zusatzoder Sonderversorgten.

Unter diesen â∏∏ lediglich rechtsreflexiven â∏∏ Begünstigungsgehalt dieser Selbstvorgabe des Gesetzgebers fallen folgende drei Gruppen von vornherein nicht: a) Die (gro̸e) Gruppe, die im Zeitpunkt der Ã∏berleitung am 1. Januar 1992 auf Grund der "Zahlbetragsgarantie" einen hA¶heren, aber unterhalb der hA¶chstmA¶glichen SGB VI-Rente liegenden Zahlbetrag als den Wert der (anzugleichenden) SGB VI-Rente ("Ost") verlangen konnte; b) die Gruppe der früheren Inhaber einer Versorgungsanwartschaft, die vor dem 1. Juli 1995 ein Vollrecht auf (anzugleichende) SGB VI-Rente ("Ost") erlangte und deren "besitzgeschýtzter Zahlbetrag" höher als die SGB VI-Rente war; c) die (kleine) Gruppe derjenigen, deren "besitzgeschA1/4tzter Zahlbetrag" einen hA¶heren Wert hatte, als er "in den übrigen alten Ländern" auf Grund des SGB VI jemals erlangt werden kann, der also über der höchstmöglichen SGB VI-Rente ("West") lag. Diese drei Gruppen durften damals auf Grund der ̸berleitungszusage des Art 30 Abs 5 Satz 1 EinigVtr auf eine VerĤnderung des "besitzgeschļtzten Zahlbetrages" nur entsprechend der damals allein bekannten VerĤnderung der höchstmöglichen SGB VI-Rente gemäÃ∏ derjenigen des aktuellen Rentenwertes des 1. Kapitels des SGB VI vertrauen, nicht aber auf jene erst spĤter und nur fļr die anfĤnglich notwendig niedrigen echten SGB VI-Renten ("Ost") zu schaffenden Sonderbestimmungen, welche die Angleichungsvorgabe des Art 30 Abs 5 Satz 3 EinigVtr konkretisierten.

Im Zusammenhang mit der Dynamisierung spricht somit auch das BVerfG zutreffend nicht davon, dass ein "Unterbleiben der Ostdynamisierung", sondern dass ein "Unterbleiben der Dynamisierung" der Beseitigung einer versorgungsrechtlichen Position gleichkomme. Auch aus <u>Art 3 Abs 1 GG</u> Iässt sich somit nicht begrýnden, dass der EinigVtr eine sich im Verhältnis zum Rentenniveau in der gesamten Bundesrepublik nach bloÃ□ Ã⅓bergangsrechtlichen rentenversicherungsrechtlichen Anpassungsfaktoren ("Ost") fortlaufend expansiv erhöhende Zusatzversorgungsrente neben der SGB VI-Rente verlangt."

An dieser Rechtsprechung hÃxlt der Senat fest. Der KlÃxger hat keine entscheidungserheblichen Aspekte aufgezeigt, die vom Senat nicht bereits erwogen worden sind. Im Hinblick darauf, dass nach der Rechtsprechung des Senats der besitzgeschýtzte Zahlbetrag an die Lohn- und Einkommensentwicklung im gesamten Bundesgebiet anzupassen ist, besteht auch kein Anspruch auf einen Inflationsausgleich, der sich an den Lebenshaltungskosten des Beitrittsgebiets orientiert. Die Revision des KlÃxgers gegen das Urteil des SG erweist sich damit als unbegründet, sodass sie zurückzuweisen war (§ 170 Abs 1 SGG).

Die Kostenentscheidung beruht auf den <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>.

Erstellt am: 02.08.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024